

Pressemappe

Über 105.000 Stimmen. Kirchen unterstützen das Wasser-Volksbegehren



Pressegespräch
der Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“
am 01. Oktober 2010 um 11:00 Uhr

Veranstaltungsort:
St. Marien-Liebfrauen, Pfarrsaal
Wrangelstr. 50, Berlin-Kreuzberg
U-Bhf. Schlesisches Tor

Kontakt / Rückfragen:
Ulrike von Wiesenau, Tel.: 030 / 7814604
e-mail: ulrike.fink.von.wiesenau@gmx.de
Gerlinde Schermer, Tel.: 0177 / 2462983

Ablauf:

- Begrüßung durch Ulrike von Wiesenau, Berliner Wassertisch
- Bericht von Gerlinde Schermer, MdA a.D., SPD, Vertrauensfrau des Volksbegehrens
- Stellungnahme von Reinhard Dalchow, Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche
- Stellungnahme von Wolfgang Klose, Vorsitzender des Diözesenrats der Katholiken im Bistum Berlin



Foto: Kai Döhning

Unsere Bündnispartner wie die GRÜNE LIGA BERLIN und viele andere Organisationen sind auf unserem Internet-Portal genannt.

www.berliner-wassertisch.net

Noch knapp 4 Wochen bleiben uns für ein erfolgreiches Volksbegehren!

Über 105.000 Unterschriften sind zusammengekommen! Die Zeichen stehen gut, dass wir bis zum 26. Oktober die benötigten 172.000 Stimmen erreichen werden, denn immer mehr prominente Unterstützer schalten sich ein, und seit dem 23. September begleitet der Dokumentarfilm „Water makes money“ wirkungsvoll unsere Kampagne. Zwar kann der Berliner Wassertisch nur auf ein Spendenvolumen von knapp 8000 Euro zurückgreifen, aber zahlreiche Berlinerinnen und Berliner sind gemeinsam mit uns unermüdlich im Einsatz, um weitere Bürgerinnen und Bürger dafür zu gewinnen, ihre Unterschrift für das Wasser-Volksbegehren abzugeben.

Auch zahlreiche Organisationen und Verbände unterstützen uns. Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang die beiden Kirchen, die mit großem Engagement für das Volksbegehren aktiv geworden sind und in vorbildlicher Weise für eine gemeinwohlorientierte öffentliche Daseinsvorsorge eintreten. So schreibt **Wolfgang Klose**, Vorsitzender des Diözesanrats der Katholiken im Erzbistum Berlin, in seinem Brief an die katholischen Pfarrgemeinden: „Es ist völlig klar, dass nach den Grundsätzen der Katholischen Soziallehre Wasser als allgemeines Gut nicht für die Profitmaximierung Privater missbraucht werden darf und dass die Zugangsbedingungen nicht von Privaten diktiert werden dürfen, die sich demokratischer Kontrolle und Einflussnahme entziehen.“ Und Pfarrer **Reinhard Dalchow**, Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche in Berlin, verweist auf einen Artikel von Prof. Rolf Kreibich in der Evangelischen Wochenzeitung 'Die Kirche'. Darin schreibt der ehemalige Präsident der Freien Universität Berlin und heutige Direktor des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung zur Privatisierung der Berliner Energie- und Wasserbetriebe: „Die Betriebe mit ihren grundlegend wichtigen Funktionen der Daseinsvorsorge für unser Gemeinwesen entglitten der politischen Steuerung durch das Land Berlin...Die Energie- und Wasserpolitik wird nun weitgehend von den Konzernen diktiert.“ Und an anderer Stelle heißt es: „Ganz schlimm ist zudem, dass die Verträge weitgehend dilettantisch zu Lasten Berlins und der Berliner Bürger ausgehandelt wurden. Vor diesem Hintergrund ist es eine absolute demokratische Notwendigkeit, dass die Verträge öffentlich gemacht werden. Denn vermutlich sind die schädlichen Vereinbarungen noch gravierender als bisher bekannt geworden ist.“

Wir freuen uns sehr, dass **Wolfgang Klose** und **Reinhard Dalchow** bei unserem heutigen Pressegespräch persönlich anwesend sein können. Wir sind überzeugt, dass viele Berliner Christen ihrem Aufruf folgen werden. Wichtig ist: Wenn immer mehr Menschen dafür gewonnen werden, nicht nur das Volksbegehren mit ihrer eigenen Unterschrift zu unterstützen, sondern auch ihrerseits Unterschriften im Freundes- und Bekanntenkreis zu sammeln, können wir das Ziel erreichen. **Aber wir dürfen nicht nachlassen in unseren Bemühungen** – die Zeitspanne bis zum 26. Oktober 2010 ist kurz und Unterschriften, die uns nach diesem Stichtag erreichen, sind ungültig. Bis zum 26. Oktober 2010 können Unterschriften bei der Grünen Liga Berlin (Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin) oder bei den Bürgerämtern abgegeben werden. Unterschriftsbögen und Unterschriftenlisten können bei der Grünen Liga Berlin (44 33 91 44) angefordert werden oder bequem im Internet unter www.berliner-wassertisch.de heruntergeladen, ausgedruckt oder auch ganz einfach über die eigenen e-mail-Verteiler an andere Bürger weitergeleitet werden.

Wehren wir uns gemeinsam gegen den Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge! Sorgen wir gemeinsam für eine Stärkung der Demokratie und Mitbestimmung! Sorgen wir alle für Transparenz und mehr soziale Gerechtigkeit!

die Kirche

Evangelische Wochenzeitung

19. September 2010 | 16. Sonntag nach Trinitatis

1, 50 Euro | 16. Jahrgang | A 3237 | www.die-kirche.de

38

Jeder Tropfen zählt

Wasser ist für alle da. Aber nicht jeder kann
es sich mehr leisten. Auch in Berlin nicht

Von Rolf Kreibich 

Steigende Wasserkosten und eine undurchsichtige Finanz-Politik verärgern viele Berliner: Mit dem „Volksbegehren zur Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge“ wollen sie jetzt für ihre Rechte kämpfen. Am 27. Oktober läuft ihre Unterschriftenaktion ab. 172 000 Stimmen müssen zusammenkommen, 77000 sind es bisher. Sollten die Abgeordneten nicht zu einer Kommunalisierung der Betriebe zurückfinden, könnte das Volksbegehren nur der Anfang weiterer Aktionen sein, sagt der Zukunftsforscher Rolf Kreibich.

Zu den schlimmsten politischen Fehlentscheidungen des Diepgen-Senats gehören die Veräußerungen der öffentlichen Betriebe Berlins: Bewag, Gasag, die Wasserbetriebe und die GEHAG. Gegen den massiven Widerstand eines Großteils der Bevölkerung und relevanter Institutionen wurden diese wichtigen Unternehmen der Daseinsvorsorge zu Schnäppchenpreisen ab 1996 bis 2001 an die großen Energie- und Wasserkonzerne verschleudert. Neben dem damaligen Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen war vor allem für diese wahnwitzigen Entscheidungen die damalige Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing verantwortlich. Beide waren ja auch politische Schlüsselfiguren im Berliner Bankenskandal. Die mit dem Verkauf nur geringen erzielten Erlöse verschwanden ohne jede positive Folgewirkung im Schlund des Berliner Jahrhundert-Schuldenlochs von damals rund 78 Milliarden DMark. Demgegenüber wurde mit diesen Privatisierungen viel Zukunft verspielt: Die Betriebe mit ihren grundlegend wichtigen Funktionen der Daseinsvorsorge für unser Gemeinwesen entglitten der politischen Steuerung durch das Land Berlin. Die Folgen waren und sind gravierend: Die Energie und Wasserpolitik konnte nicht mehr vom Souverän, dem Berliner Volk und dessen Repräsentanten im Abgeordnetenhaus und im Senat von Berlin, gestaltet werden. Sie wird nun weitgehend von den Konzernen diktiert. Die Energie- und Wasserpreise stiegen Jahr für Jahr unaufhaltsam – insgesamt etwa zwischen 70 und 90 Prozent. Die Investitionen verringerten sich im Durchschnitt auf etwa 40 Prozent gegenüber den vorangegangenen Jahren, verbunden mit Auftragsrückgängen für die Berliner Wirtschaft und einem massiven Verlust von Arbeitsplätzen.

Die Gewinne der Konzerne nahmen durch die gigantischen Einnahmen zu Lasten der Bürger in unseren Versorgungsgebieten gewaltig zu. Vattenfall hat damit sogar die niedrigen Stromkosten und die Verluste in Schweden über die horrenden Strompreise in Berlin und

Deutschland massiv subventioniert. Alles in allem also eine katastrophale Bilanz, die man sich vorher an fünf Fingern ausrechnen konnte. An Warnungen und Einwänden hat es jedenfalls nicht gefehlt.

Ganz schlimm ist zudem, dass die Verträge weitgehend dilettantisch zu Lasten Berlins und der Berliner Bürger ausgehandelt wurden. Vor diesem Hintergrund ist es eine absolute demokratische Notwendigkeit, dass die Verträge öffentlich gemacht werden. Denn vermutlich sind die schädlichen Vereinbarungen noch gravierender als bisher bekannt geworden ist.

Die unsinnige und unintelligente Privatisierung der kommunalen Unternehmen für elektrischen Strom und Wasser ist überwiegend gescheitert. Die Grundvoraussetzungen für effiziente und am Gemeinwohl orientierte Kommunalbetriebe sind heute wichtiger denn je für eine exzellente verantwortungsvolle Unternehmensführung, die sich an den Leitperspektiven der Gemeinwohlorientierung, Nachhaltigkeit, Effizienz, Innovationskraft und Transparenz in allen Unternehmensbereichen orientiert. Darüber hinaus muss eine Risikoübernahme der Unternehmensleitung und deren effektive unabhängige Kontrolle gewährleistet sein. Alles das wurde nicht beachtet und stattdessen das letzte bisschen Kontrolle durch den Staat noch aus der Hand gegeben.

Fazit: Die im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretenen Parteien wären gut beraten, sich jetzt unverzüglich an die Spitze einer an Gemeinwohl, Kompetenz, Effizienz, Transparenz, Innovation und Verantwortung sowie effektiver Kontrolle im Sinne der Nachhaltigkeit orientierten Kommunalisierung Berliner Unternehmen der Daseinsvorsorge zu stellen. Sollte das nicht geschehen, müssen wohl die Bürger und die zivilgesellschaftlichen Organisationen die Dinge selbst in die Hand nehmen. Das Volksbegehren zum Berliner Wasser wäre dann nur der Auftakt für weitere Aktivitäten._

Professor Dr. Rolf Kreibich ist Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung an der Freien Universität Berlin.

Infos zum Volksbegehren: www.berliner-wassertisch.net

.



Erzbistum Berlin

Diözesanrat, Niederwallstraße 8-9, 10117 Berlin

An die
Katholischen Pfarrgemeinden
im Stadtgebiet Berlin

Diözesanrat der Katholiken
im Erzbistum Berlin

Niederwallstraße 8-9
10117 Berlin-Mitte

Telefon : (030) 326 84-206
Telefax : (030) 326 84-203

e-mail: dioezesanrat@erzbistumberlin.de
Internet: www.dioezesanrat-berlin.de

Datum 25. August 2010

Volksbegehren zum Berliner Wasser

Sehr geehrte Herren Pfarrer,
sehr geehrte Vorsitzende der Pfarrgemeinderäte,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben möchte ich Sie auf das noch bis zum 27. Oktober 2010 laufende Volksbegehren zur Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben „Schluss mit Geheimverträgen - Wir Berliner wollen unser Wasser zurück“ hinweisen und um Ihre aktive Unterstützung bitten.

Zum Hintergrund: Die Berliner Wasserbetriebe wurden 1999 teilprivatisiert. Seitdem stiegen die Preise (bisher um 35%) und Investitionen in die Infrastruktur der Wasserversorgung sind stark zurückgegangen. Den privaten Anteilseignern ist eine Rendite von 8% zugesichert. Das alles wurde von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt in geheimen Verträgen abgewickelt.

Die Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ kämpft nun für die Offenlegung der Geheimverträge, in denen die Ursache für die hohen und steigenden Berliner Wasserpreise vermutet wird. Das Anliegen ist vollkommen von den Grundsätzen der Katholischen Soziallehre gedeckt, insbesondere vom Grundsatz der Universalität der Güter dieser Welt. Ganz unbestritten ist Wasser ein solches universales Gut, die Grundlage für alles Leben. Es ist völlig klar, dass nach den Grundsätzen der Katholischen Soziallehre Wasser als allgemeines Gut nicht für die Profitmaximierung Privater missbraucht werden darf und dass die Zugangsbedingungen nicht von Privaten diktiert werden dürfen, die sich demokratischer Kontrolle und Einflussnahme entziehen. Er liegt leider im Trend, viele Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge zu privatisieren. Dies ist zwar nicht grundsätzlich zu verdammen, ist aber an die unerlässliche Bedingung von Transparenz und öffentlicher Kontrolle geknüpft und kann keinesfalls in Form von Geheimverträgen ausgestaltet werden.

Leider hat sich das Anliegen durch das am 14. Juli dieses Jahres gerichtlich erwirkte Einsichtsrecht der Abgeordneten Heidi Kosche (Bündnis 90/Grüne) nicht erübrigt: Sie darf lediglich eingeschränkt Einsicht in die Geheimverträge nehmen und darf nicht über die gewonnenen Informationen sprechen. Die Verträge sind damit nach wie vor nicht öffentlich zugänglich. Auch das neue Informationsfreiheitsgesetz des Berliner Abgeordnetenhauses vom 1. Juli

dieses Jahres hilft nicht weiter, da es nicht rückwirkend gilt, sondern nur an neue Privatisierungsverträge höhere Anforderungen für eine Verweigerung der Offenlegung – z.B. wegen Wahrung möglicher Geschäftsgeheimnisse - stellt. Damit bleibt das Volksbegehren für die Erreichung des eigentlichen Ziel, die Rekommunalisierung des Berliner Wassers, notwendig.

Deshalb bitte ich Sie eindringlich um Unterstützung dieses Volksbegehrens. Dazu liegen diesem Schreiben Unterschriftslisten bei, der genaue Wortlaut des Volksbegehrens (Gesetzentwurf) und Plakate für Ihre Schaukästen. Weitergehende Informationen erhalten Sie über die Homepage der Landeswahlleiterin www.wahlen-berlin.de oder über die Homepage des Berliner Wassertisches www.berliner-wassertisch.net. Bitte unterstützen Sie das Volksbegehren und lassen Sie diesen Brief und die beiliegenden Unterlagen ggf. auch den interessierten Umweltausschüssen und –gruppen in Ihren Gemeinden zukommen.

Die ausgefüllten Unterschriftslisten können Sie an unsere Geschäftsstelle zurückzuschicken:

Diözesanrat der Katholiken
im Erzbistum Berlin
Niederwallstr. 8-9
10117 Berlin

Wir werden die Listen gesammelt weitergegeben. Listen können auch eingereicht werden, wenn die vorgesehene Anzahl an Unterschriften nicht erreicht ist. Wie Sie bereits vom Volksbegehren „Pro Reli“ wissen, ist es notwendig, die Listen vollständig und leserlich auszufüllen.

Mit freundlichen Grüßen und herzlichen Dank für Ihre Unterstützung dieses auch aus katholischer Sicht wichtigen Anliegens



Wolfgang Klose
Vorsitzender